

Wahlprüfsteine 2023

1) Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung

Eine zentrale Erfahrung ist für Bürgerinnen und Bürger in Bremen, die Ideen und Vorschläge zur Stadtentwicklung einbringen wollen, die mangelnde Transparenz der kommunalpolitischen Entscheidungen. Eine ernsthafte Bürgerbeteiligung würde voraussetzen, dass es einen ergebnisoffenen Diskurs mit allen gesellschaftlichen Akteuren gibt. Zentrale Projekte werden aber im Hinterzimmer zwischen Politik, Verwaltung und Investoren ausgehandelt. An den dort erzielten Ergebnissen lässt sich durch eine formal durchgeführte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nichts ändern. Bürgerinitiativen zeigen häufig sinnvolle Lösungen bei umstrittenen Projekten auf. Politik und Verwaltung gehen darauf aber in aller Regel nicht ein. Ein negatives Beispiel dafür ist etwa die Entwicklung des Bahnhofsplatzes, immerhin einer der größten Plätze Bremens. Die Verantwortlichen in der Politik interessierte es nicht, wie die Bremer Bürger und Bürgerinnen darüber dachten, es gab auch keinen Gestaltungswettbewerb mit unterschiedlichen Ideen. Vorschläge, die Grünflächen, Bäume und einen Brunnen vorsahen, wurden von 7000 Bremer Bürgern mit ihrer Unterschrift unterstützt. Sie wurden ignoriert. Ähnliche Erfahrungen haben fast alle Bremer Bürgerinitiativen gemacht.

Was werden Sie als Partei unternehmen, um die Bremer Bürger mit ihren Vorstellungen künftig bei solchen Vorhaben von Anfang an zu beteiligen, und zwar nicht nur formell, sondern inhaltlich? Was beabsichtigen Sie konkret, um bei Vorhaben zur Stadtentwicklung verschiedene Gestaltungs- und Nutzungsideen zu initiieren?

Dieses wäre ein Angebot an die Stadtbewohner zu einem Diskurs über die jeweils beste Lösung.

2) Verkleinerung der Bürgerschaft

Stimmt Ihre Partei zu, dass die Bürgerschaft deutlich zu verkleinern ist?

Bremen hat im Vergleich zu anderen Bundesländern ein überdimensioniertes Parlament, gemessen an der Bevölkerungszahl. Eine Verkleinerung etwa auf 50 Abgeordnete würde deutlich Kosten sparen. Es trägt nicht zum Vertrauen der Öffentlichkeit bei, wenn aus Eigennutz – wie zuletzt geschehen – das Parlament unter massivem öffentlichem Protest trotz sinkender Einwohnerzahlen in Bremerhaven sogar noch erweitert wird.

3) Transparenz der Beiratsberatungen

Ist Ihre Partei für eine Novellierung des bremischen Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter mit dem Ziel, eine größere Transparenz der Beiratsberatungen für die interessierten Bürgerinnen und Bürger herzustellen?

Insbesondere verhindern nichtöffentliche Sitzungen von Sprecherausschüssen mit eingeladenen Investoren eine Einsicht in das Zustandekommen von Entscheidungen, wenn auf diesen Sitzungen schon Weichenstellungen erfolgen. Zur Transparenz gehören auch umgehende Veröffentlichungen von Geschäftsordnungen, Einladungen, Sitzungsprotokollen und Beschlüssen.

4) Vertretung der Bürgerinitiativen im Rundfunkrat

Ist Ihre Partei für die Einbeziehung der Bremer Bürgerinitiativen in den Rundfunkrat von Radio Bremen?

Bürgerinitiativen repräsentieren eine gesellschaftliche Form der Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen, die in Zeiten sinkender Wahlbeteiligungen zunehmende Bedeutung hat. Angesichts der Vielzahl der derzeit im Rundfunkrat vertretenen Organisationen von mehr oder weniger gesellschaftlicher Relevanz wäre eine weitere Nichtberücksichtigung von Bürgerinitiativen unverständlich.

5) Bremische Finanzen

Bremen ist Haushaltsnotlageland. Angesichts der begrenzten finanziellen Ressourcen verwundert es, wenn die bremischen Behörden immer mal wieder Gutachtaufträge erteilen und Beraterverträge abschließen, für die in erheblichem Umfang Steuermittel in Anspruch genommen werden und deren Nutzen häufig fraglich ist. Sinnvoller wäre es, fachlich ausgewiesene Experten in der bremischen Verwaltung dauerhaft einzustellen und alle anfallenden Themen mit eigenem Personal anzugehen. Gutachten und Beraterverträge können im Übrigen ein Einfallstor für Begünstigung und Korruption darstellen. Ein Verzicht darauf würde jeglichem Missbrauch einen Riegel vorschieben.

Hält Ihre Partei es im Hinblick auf einen verantwortungsbewussten Umgang mit Steuermitteln für vertretbar, dass kostspielige Gutachtaufträge vergeben und Beraterverträge abgeschlossen werden, häufig mit Auswärtigen, die sich in Bremen nicht auskennen?

6) Ruhestätte statt Bahnwerkstatt in Oslebshausen

In Oslebshausen befand sich im Zweiten Weltkrieg neben den Bahnanlagen ein Zwangsarbeiterlager mit sowjetischen Kriegsgefangenen, von denen viele aufgrund der unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen starben und an Ort und Stelle auf einem dort eingerichteten Friedhof begraben wurden. Es ist aufgrund völkerrechtlicher Regeln und aus Gründen der Pietät ausgeschlossen, dass diese Stätte mit einer Bahnwerkstatt bebaut wird, und zwar von einem Unternehmen, das in der Nachfolge eines Betriebes steht, der während der Nazi-Herrschaft Zwangsarbeiter beschäftigte. Aufgrund der Quellenlage und aktueller archäologischer Befunde muss davon ausgegangen werden, dass sich hier noch bis zu 300 verstorbene Zwangsarbeiter außerhalb des untersuchten Areals in der Erde befinden. Solange es keine plausible Erklärung für den Verbleib dieser Leichname gibt, verbietet sich eine Bebauung mit einer Bahnwerkstatt auf dem betreffenden Gelände.

Hier muss eine würdige Ruhestätte an Ort und Stelle eingerichtet werden, die das Gedenken an die Toten ermöglicht und an das begangene Unrecht während der Nazityrannei erinnert. Stimmt Ihre Partei dem zu?

7) Keine investorengesteuerte Stadtentwicklung

Das Einfallstor für eine investorengesteuerte Stadtentwicklung ist das Instrument des vorhabenbezogenen Bebauungsplans. In solchen Fällen wird der Bebauungsplan nicht von der Gemeinde, sondern vom Investor entworfen, der die Planung bezahlt. Er stellt damit sicher, dass sein Projekt nach den eigenen Vorstellungen realisiert werden kann. In Bremen wird dieses Instrument leider dazu genutzt, dem Investor eine hohe Rendite z. B. durch Überschreitung baurechtlicher Nutzungsobergrenzen zu ermöglichen. Als ein negatives Beispiel ist auf das Areal der ehemaligen Landeszentralbank im Ostertorviertel hinzuweisen, wo anstelle von baurechtlich maximal möglichen 90 Wohnungen nunmehr eine überdimensionierte Verdichtung mit etwa 180 Wohnungen in einer dem Charakter des Viertels völlig widersprechenden Hochhausmassierung verwirklicht werden soll. Ein anderes Beispiel ist das Bauvorhaben Mühlenfeld in Oberneuland. Anfänglich waren hier nahe der denkmalgeschützten Oberneulander Mühle 70 Wohneinheiten vorgesehen, nach dem letzten Planungsstand sollen demnächst fast 200 Wohnungen in bis zu 19 m statt ursprünglich 12 m hohen Gebäuden verwirklicht werden, eingerahmt von einer 400 m langen und 7 m hohen Lärmschutzwand. Das gesamte Vorhaben ist mit dem Ortsbild nicht verträglich.

Ist Ihre Partei dafür, dass die Entwicklung von Bebauungsplänen wieder originäre Aufgabe der kommunalen Bauverwaltung sein muss und Investoren nicht die Planung übernehmen dürfen, sondern ihre Bauprojekte sich in die kommunale Stadtplanung unter Einhaltung der vorgeschriebenen Ausnutzungsmöglichkeiten einzuordnen haben?

8) Umbau statt Neubau

Spricht sich Ihre Partei für das heute fachlich allgemein anerkannte Konzept Umnutzung vor Abriss aus?

Für den Klimaschutz hat der Bau im Bestand eine hohe Bedeutung. Bei vorhandenen Gebäuden müssen intelligente Umnutzungen und Revitalisierungen, Erweiterungen und Aufstockungen absoluten Vorrang vor Abriss und Neubau haben. Mit dem Pariser Klimaschutzabkommen hat sich Deutschland verpflichtet, bis 2050 die Treibhausgasneutralität zu erreichen – allein hierzulande beansprucht die gebaute Umwelt jährlich über 50% der verbrauchten Ressourcen und erzeugt über 50% des Abfalls. Bauen im Bestand bedeutet eine Reduktion des Flächenverbrauchs. Die im Gebäudebestand gebundene „Graue Energie“, die sich aus dem verbauten Material und den mit dem Bau verbundenen Transporten zusammensetzt, kann durch klimagerechte Anpassungen effizient und nachhaltig genutzt werden, während demgegenüber der Neubau von Gebäuden einen hohen Energieverbrauch und erhebliche Stoffmengen erfordert. Diese Erkenntnisse sind bei dem Abriss des erst 35 Jahre alten Gebäudes der früheren Landeszentralbank im Ostertor und die an seiner Stelle geplante Hochhausbebauung vollständig ignoriert worden. Das vorhandene Gebäude hätte beispielsweise für die Universität Bremen genutzt werden können, womit auch eine Innenstadtbelebung verbunden gewesen wäre.

Wird Ihre Partei an einer solchen schädlichen Abrisspolitik festhalten?

Verbände und Vereine wie der Bund Deutscher Architekten, die Bundesstiftung Baukultur, Architects for Future und die Deutsche Umwelthilfe sind sich mit namhaften Architekten und Nachhaltigkeitsforschern einig: Es muss ein großes Umdenken erfolgen, weg von den vielen Abrissen und Neubauten, die auch in Bremen durchgeführt werden, hin zu einer Stadtentwicklung

und Baukultur, die den Bestand in den Blick nimmt, ihn wertschätzt, umbaut und neu nutzt. So fordern etwa Architects for Future und die Deutsche Umwelthilfe aktuell ein Abrissmoratorium. Sie verweisen darauf, dass jedes Jahr zehntausende Gebäude abgerissen und neu gebaut werden, statt sie zu sanieren, was Klima und Ressourcen enorm belastet und in vielen Fällen bezahlbaren Wohnraum vernichtet.

Welche konkreten Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um den großen, ständig noch wachsenden Bestand an Gebäuden als Ressource im Hinblick auf die Zukunft Bremens besser zu nutzen? Welche konkreten Maßnahmen erwägt Ihre Partei, damit Architekten und Planer dieses besser leisten können? Welche Rahmenbedingen will Ihre Partei insgesamt dafür schaffen? Was will Ihre Partei dazu beitragen, dass die baukulturelle Sicht in Politik und Gesellschaft sich hin zu einer Wertschätzung des Bestandes verändert?

9) Denkmalschutz

Viele historische Gebäude Bremens wurden während des Zweiten Weltkriegs zerstört. Völlig unverständlich ist, dass die Beseitigung erhaltenswerter Bauten aus der Vorkriegszeit nach Kriegsende immer weiterging und damit das überlieferte, 1945 noch vorhandene Bremer Stadtbild stückweise verschwand. Als aktuelles Beispiel ist auf die Villa Schröder im denkmalgeschützten Quartier in der Vegesacker Weserstraße mit ihren Reeder- und Kapitänshäusern hinzuweisen. Der geplante Abriss eines Flügels der Villa Schröder zeigt Respektlosigkeit vor dem bremischen Kulturgut auf, offenbart mangelnde Kenntnisse der Bremer Baugeschichte und ignoriert, dass sich die Bürger in solchen identitätsstiftenden Bauten wiederfinden. Diese Vorgehensweise steht leider stellvertretend für vielfachen Umgang mit bremischen Baudenkmalern. Es geht in diesem Zusammenhang auch um die Gleichbehandlung der Eigentümer von Baudenkmalern und von Investoren als Erwerber von Gebäuden, die unter Denkmalschutz stehen. Investoren mit fragwürdigen Abriss- und Neubauvorhaben werden großzügig Dispense von Denkmalschutzaufgaben erteilt. So wird aber nicht bei „normalen“ Eigentümern von Häusern verfahren, die unter Denkmalschutz stehen.

Was wird Ihre Partei unternehmen, damit der Denkmalschutz in Bremen künftig wirklich Baudenkmalern schützt und sie nicht teilweise bis zur Unkenntlichkeit verschandeln lässt? Wie werden Sie dafür Sorge tragen, dass Hauseigentümer von Denkmälern nicht ungleich behandelt werden?

10) Erhalt der Platanen am Neustadsdeich

Stimmen Sie dem von der Bürgerinitiative „Platanen am Deich“ vorgelegten Konzept zu, das Hochwasserschutz mit dem Erhalt der Platanen am Neustadsdeich verbindet? Die dortigen Bäume sind nicht nur eine Bereicherung des Stadtbildes, sie sind ökologisch auch für das Stadtklima in Bremen wichtig und außerdem ein Wohlfühlfaktor inmitten des Großstadtbetriebes. Dass der Erhalt der Platanen mit einem sicheren Hochwasserschutz technisch möglich ist, wurde durch Fachgutachten nachgewiesen.

Werden Sie als Partei die Konsequenzen aus dem Klimanotlagebeschluss der Bürgerschaft ziehen und die bisher beabsichtigte Beseitigung der Platanen verhindern?

11) Baumschutz

In der vergangenen Legislaturperiode sind so viele Bäume für Bau- und Verkehrsvorhaben abgeholzt worden oder sollen noch beseitigt werden wie nie zuvor. Trotz ihrer unverzichtbaren ökologischen Bedeutung werden Bäume leichtfertig im Zusammenhang mit Investorenprojekten geopfert. Das betrifft viele Vorhaben wie beispielsweise das Hochhauskonzept im Ostertorviertel, die Bebauung von Freiflächen des Krankenhausareals Bremen-Mitte oder die geplante Beseitigung eines kompletten Waldes in der Vahr. Dort sollten 15.000 qm Wald gerodet werden, um diese Fläche für eine Bebauung freizumachen. Bäume haben einen hohen ökologischen Nutzen in städtischen Gebieten. Bäume beeinflussen das Klima, verbessern die Luftqualität und speichern Wasser. Bäume sind in der Lage, Winde zu brechen und größere Niederschlagsmengen aufzunehmen oder zurückzuhalten. Die Luft ist in der Nähe von Bäumen kühler, sie mildern das Aufheizen von Gehwegen und Gebäuden. Das Laub der Bäume filtert die Atemluft und befreit sie von Staub und anderen Schmutzpartikeln. Blätter der Bäume absorbieren Kohlendioxid aus der Luft und wandeln sie in Kohlenhydrate um. In diesem Prozess nehmen Blätter auch andere Umweltgifte wie Ozon, Kohlenmonoxyd und Schwefeldioxid auf und geben dafür die entsprechende Menge Sauerstoff ab. Diese allgemein bekannten Tatsachen wurden von der Politik in Bremen immer wieder ignoriert, wobei das durch eine Entscheidung des Bremer Oberverwaltungsgerichts erfreulicherweise gestoppte Bauprojekt in der Vahr nach Abholzen des Waldes auch noch "Klimaschutzsiedlung" genannt werden sollte.

Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass solche Praktiken nicht mehr fortgesetzt, sondern die noch vorhandenen Bäume im Bremer Stadtgebiet vor dem Zugriff von Investoren geschützt werden?

12) Unsinnige Ausgleichsmaßnahmen

Wie steht Ihre Partei dazu, dass die zuständige Behörde weiterhin an der Durchführung einer längst sinnlos gewordenen Ausgleichsmaßnahme in Bremen-Nord festhält, nämlich der Flutung der Lesumwiesen?

Die Maßnahme wurde zwar mehrfach verschoben, soll aber weiterhin auf jeden Fall durchgeführt werden - dann 2023. Der Planfeststellungsbeschluss von 2011 hingegen setzte fest, dass die geplante Maßnahme binnen zwei Jahren durchgeführt werden müsse. Fest steht weiterhin, dass ein wertvolles Biotop zerstört wird, um eine Fischlaichzone zu bauen, ohne dass von der Behörde gutachterlich geprüft worden wäre, ob dort dann überhaupt Fische laichen würden. Zudem sind inzwischen mehrere mögliche Gefahren infolge dieser Maßnahme für die direkte Umgebung erkannt und teilweise auch gutachterlich beschrieben worden. Dazu zählen die Vernässung von Grundstücken und Gebäuden, die mögliche Gefahr eines Hangrutsches und erhöhte Risiken durch Hochwasser.

13) Schutz vor Hochwasser in Bremen-Nord

Im gerade veröffentlichten Küstenschutzplan III für Niedersachsen und Bremen wird beschrieben, ob und welche Mängel an den Deichen in Bremen zu beheben sind. Hier werden im Bereich der Lesum die südlichen (linken) Deiche genannt. Die nördlichen (rechten) Lesumdeiche zwischen Lesum-Sperrwerk und Burger Brücke jedoch tauchen in diesem Plan nicht auf; sie sind in einer entsprechenden Grafik gar nicht eingezeichnet, sie sind nicht gewidmet. Auch die Behörde der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau spricht – zumindest für den Abschnitt zwischen Sperrwerk und St. Magnus – von "Verwallungen", die nicht gepflegt werden müssten. Dennoch gibt es nördlich der Lesum in diesem Bereich mehrere (alte) Deiche, die wichtigen Schutz bieten. Zudem wird im Erläuterungsbericht zum Bau des Lesumsperrwerks von 1969 explizit beschrieben, dass diese rechten Deiche entlang der Lesum ab dem Sperrwerk Richtung Burg gepflegt und auf 3 m Normalhöhennull (NHN) Höhe (inzwischen wären 3,40 m erforderlich) gehalten werden müssen.

Wie steht Ihre Partei dazu, dass dennoch die nördlichen Lesumdeiche zwischen Sperrwerk und St. Magnus weder instandgehalten noch ertüchtigt werden?

14) Parkerhaltung

Knoops Park ist, wie Gartenbauamtsdirektor Prollius 1979 bereits befand, unverzichtbarer Bestandteil des kulturellen Erbes in Bremen-Nord und mit seinen einmaligen Schwerpunkten (Landschaftsbild, Baumbestand, Rhododendronanpflanzungen) eine Grünanlage von überregionaler Bedeutung. 1979 wurden wiederhergestellte historische Gärten der Bevölkerung zugänglich gemacht und Knoops Park zugeschlagen. Der Park sollte, so das Konzept von Bremens Gartenbauamt, zu einem „Bremen-Norder Bürgerpark“ entwickelt werden. Dem widersprechend hat die Politik in den letzten Jahren im westlichen Parkrandgebiet den Betriebshof des Umweltbetriebs Bremen abgerissen, von dem aus dieser Park gepflegt wurde, und dort eine Wohnbebauung mit hoher Dichte umgesetzt.

Welche Vorstellungen hat Ihre Partei für die weitere Entwicklung des nördlichen Teils von Knoops Park, also für das Gebiet zwischen Auf dem Hohen Ufer, Billungstraße, Ulenweg, Kastanienallee, Mühlental und An Knoops Park?

Dieser Teil des Geestrückens ist ein vor allem für ältere Mitbürger sehr viel leichter begehbarer Teil als der Südteil des Parks, es gibt hier mehrere Seniorenheime.

Was werden Sie unternehmen, um Konzepte für eine touristische und ökologische Entwicklung von Knoops Park zu fördern und den nördlichen Teil vor einer weiteren Umwandlung in Bauland zu schützen? Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass die Pflege von Knoops Park – wobei viele Flächen die höchste Pflegestufe aufweisen – ausreichend finanziert wird?

15) Pauliner Marsch

Werder Bremen plant in der Pauliner Marsch, einem innerstädtischen Naherholungsgebiet inmitten eines dicht besiedelten Stadtteils, ein Neues Leistungszentrum (NLZ). Die Dimensionen sind unverträglich. Es sollen zwei Riegelbauten 80x20x10m, sowie ein "Nebenstadion" für 5.000 Zuschauer entstehen. Die Konsequenzen bei einer Realisierung dieser Pläne sind die weitere Zerstörung der Pauliner Marsch durch Versiegelung, Abholzung von Bäumen und zunehmendem Kfz-Verkehr sowie der Verlust von Retentionsraum bei Überschwemmungen. Die Kosten für das geplante NLZ belaufen sich nach aktuellem Stand auf ca. 60 Mill. Euro. Diese Summe kann der SV Werder nicht aufbringen, ist also auf öffentliche Mittel und Bürgschaften angewiesen.

Wird Ihre Partei die Pläne von Werder Bremen ablehnen und damit einer weiteren Zerstörung der Pauliner Marsch vorbeugen? Wird Ihre Partei sich dagegen entscheiden, dem Wirtschaftsunternehmen SV Werder GmbH & Co KG aA Millionensummen an Steuergeldern zur Realisierung dieser Pläne zukommen zu lassen, obwohl solche Finanzmittel an anderer Stelle dringender gebraucht werden?

16) Keine kostenaufwendigen Verkehrsexperimente

Halten Sie Verkehrsversuche für vertretbar, die außer Kosten nur für maximale Verwirrung bei den Verkehrsteilnehmern sorgen? Solche Versuche können erhebliche Belastungen für Anwohner, Pendler, Kunden und Geschäftsleute mit sich bringen. Erzwungene Umwege, Suchverkehr und Staus führen zu Umweltbelastungen. Schlechte Erreichbarkeiten, Verspätungen und teilweise gar neue Verkehrsgefährdungen belasteten viele Bremer Bürgerinnen und Bürger bei den Verkehrsexperimenten der vergangenen Jahre. Die hohen Kosten für Verkehrsversuche in Bremen, z. B. Gutachten und Rahmenprogramme, waren Bürgern/Steuerzahlern kaum zu vermitteln.

Wie steht Ihre Partei zu dieser Problematik? Wie gedenken Sie mit den gescheiterten Verkehrsversuchen Am Wall und der Martinistraße umzugehen?

17) Neuordnung des Parkraums

Wie will Ihre Partei eine Verkehrsplanung, insbesondere die Neuordnung des Parkraums in Bremen gestalten, die alle gesellschaftlichen Gruppen im Blick behält und soziale Härten oder gar die Gentrifizierungen ganzer Wohnquartiere vermeidet?

Eine einseitig ausgerichtete Verkehrswende, die ohne verlässliche Rahmenbedingungen (Schaffung von bezahlbarem und erreichbarem Parkraum, bürgerfreundliche Gestaltung des ÖPNV) durchgeführt wird, verursacht Probleme

- für Menschen, die aus familiären Gründen auf ein eigenes Fahrzeug angewiesen sind (Pflege von Angehörigen, regional unterschiedliche Kita- und Schulanbindungen, Organisation privater Kinderbetreuung z. B. durch Großeltern),
- für Personen, die aus gesundheitlichen Gründen ein eigenes Fahrzeug benötigen (behinderte Menschen, ältere Menschen),

- für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aus beruflichen Gründen auf ein eigenes Fahrzeug angewiesen sind (Berufspendler, die abgelegene Arbeitsstätten erreichen müssen, Schichtarbeiter wie z. B. Krankenschwestern),
- für Frauen, die um ihre Sicherheit besorgt sind, weil sie im Dunklen lange Wege vom Parkplatz zur Wohnung zurücklegen müssen,
- für Geschäftsleute, soziale Einrichtungen und Schulen im Stadtteil, die darauf angewiesen sind, für Kunden, Klienten, Patienten, Nutzer sowie Mitarbeiter (u. a. Pfleger, Erzieher, Lehrer) erreichbar zu bleiben, und
- für Menschen, die stadtteilübergreifend ehrenamtlich tätig sind und flexible Mobilitätsanforderungen erfüllen müssen.

Welche Antworten geben Sie diesen Bürgern?

18) Tempo 30

Die Beiräte Mitte, Östliche Vorstadt und Hemelingen haben sich dafür ausgesprochen, am Osterdeich durchgehend und einheitlich Tempo 30 km/h vorzusehen, und zwar vom Altenwall bis zur Malerstraße. Damit soll die jetzige unpraktikable Regelung mit mehreren abwechselnden kurzen 30er- und 50er-Zonen abgelöst werden.

Wie wird sich ihre Partei in dieser Angelegenheit verhalten?

19) Sicherung bestehender Sportflächen durch nachhaltige Sanierung

Die Sportstätten der Universität sind dringend sanierungsbedürftig. Sie werden von Bremer Schulen und Vereinen intensiv genutzt und für den geplanten Sportstudiengang benötigt. Anstelle einer nachhaltigen Sanierung hat sich der Senat für einen Ersatzneubau entschieden, der lediglich ein Drittel der bisherigen Fläche bereitstellt. Abriss und Neubau des bestehenden Gebäudeensembles hätten eine erhebliche Belastung der CO₂-Bilanz zur Folge und widersprechen den Vorgaben des Bremer Klimaschutz- und Energiegesetzes.

Unterstützt Ihre Partei den Vergleich der CO₂-Bilanz von Abriss einerseits und Sanierung der Sportstätten andererseits? Unterstützen Sie den Erhalt der dringend benötigten Sportflächen durch die nachhaltige Sanierung des mit einem Architektenpreis ausgezeichneten Sportensembles?

Im Rahmen des Bremer Bäderkonzeptes wurde der Ersatz des Unibades mit seinen umfangreichen Wettkampfmöglichkeiten durch den Neubau eines vergleichsweise einfachen Hallenbades auf dem Gelände des Horner Bades beschlossen. Auch nach dessen Inbetriebnahme bleibt das Unibad bis zur Fertigstellung des Westbades für weitere drei Jahre in Betrieb und muss dafür mit 1,5 Millionen Euro ertüchtigt werden. Ging das Bäderkonzept 2014 noch von einer Bevölkerungsabnahme aus, zeigt sich heute, angesichts wachsender Bevölkerungszahlen, ein erheblicher Mangel an Wasserflächen für Schulen, Schwimmvereine und den Rehasport, der sich mit der Schließung der Kursbecken im Berufsbildungswerk, im Klinikum Bremen-Mitte und in Woltmershausen deutlich verschärft hat. Durch eine grundlegende Sanierung des Unibades und dessen langfristigen Erhalt ließe sich das Problem vergleichsweise kostengünstig und nachhaltig

lösen. Die Schwimmer könnten weiterhin internationale Wettkämpfe bestreiten, die Wasserballer, Taucher und Kanuten auch zukünftig in Bremen trainieren.

Unterstützt Ihre Partei einen Erhalt von Uni- und Studiobad, sofern eine transparente Bedarfsermittlung der Schwimmflächen und eine CO₂-Betrachtung eine nachhaltige Sanierung begründen?

20) Sicherung bestehender Schulflächen durch Sanierung und Neubau

Die Gebäude der Oberschule Lesum sind sanierungsbedürftig. Diese Schule verfügt über zwei Standorte, am Heisterbusch und am Steinkamp, und über zusammen 5,5 Hektar große Schulgrundstücke. Geplant war über lange Jahre, die Oberschule Lesum mindestens auf dem Steinkampgelände neu zu gründen. Seit kurzem gibt es jedoch aufgrund einer überschlägigen Gebäudeflächen-Berechnung der Behörde die Planung der Bildungsdeputation, die Schülerinnen und Schüler der Oberschule Lesum in ein siebengeschossiges Hochhaus am Schulzentrum Bördestraße umzusiedeln, das sich auf einem 1,2 Hektar großen Grundstück befindet, weil dort womöglich eine berufliche Schule künftig auszieht.

Diese Planung ist aus verschiedenen Gründen unseriös. So werden die von der Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) ursprünglich für den Neubau der Oberschule Lesum am Standort Steinkamp geforderten über 10.600 Quadratmeter in der Bördestraße bei weitem nicht erreicht. Zudem wurden Büroflächen für die Schulleitung komplett vergessen. Auch sind die geplanten Klassenzimmer für die sechszügige Schule bei einer Belegung bis maximal 25 Schülerinnen und Schüler mit je 65 Quadratmeter äußerst dürrtig. Noch gravierender sind aber die fehlenden Außenflächen. Die Behördenplanung sieht zurzeit vor, sämtliche Parkplätze rund um das Hochhaus zu streichen und zu Spielflächen zu erklären. Wo die knapp 100 Beschäftigten dann parken sollen, verrät die Schulbehörde nicht. Im Rahmen einer „veränderten Pausenkultur“ sollen die Kinder und Jugendlichen ihre Pausen künftig überdies im Gebäude verbringen, so ein Behördenvertreter. Was hier passiert, ist skandalös. Hier werden über die Bedürfnisse der Schüler und Lehrkräfte hinweg Planungen durchgeboxt, die pädagogisch nicht vertretbar und schädlich für die Bildungslandschaft Bremens sind. Wenn Kinder im Alter von zehn bis sechzehn Jahren nach anstrengenden Unterrichtsstunden keine Gelegenheit erhalten, sich draußen in den Pausen auszutoben und spielerisch ihre Aggressionen loszuwerden, kann sich jeder ausmalen, wie sich die ohnehin bereits angespannte Lernatmosphäre deutlich verschlechtern wird. Daher muss der Versuch, in Lesum die größte Schule auf das kleinste Grundstück zu verfrachten, sofort gestoppt werden. Die beiden vorhandenen Standorte am Heisterbusch und am Steinkamp bieten dagegen ausreichend Platz, um alle bisher geplanten Neu- und Umbauten zu realisieren.

Welche Position bezieht Ihre Partei gegenüber der derzeitigen Planung, die Oberschule Lesum im Hochhaus an der Bördestraße umzusiedeln?

Spricht sich Ihre Partei für eine Neugründung der Oberschule Lesum auf dem Gelände Steinkamp bzw. auf den Schulgeländen am Steinkamp und am Heisterbusch aus?